Informationsabend für Grenzgänger:innen in Reichersberg mit großem Interesse besucht

Grenzraum Oberösterreich–Bayern im Fokus: Arbeiten „drent & herent“

Reichersberg, 6. November 2025 – Der Informationsabend *„Arbeiten drent & herent“* in der FACC Academy in Reichersberg stieß auf großes Interesse bei Arbeitnehmer:innen und Personalverantwortlichen aus dem Grenzraum Oberösterreich–Niederbayern. Fast 90 Personen nutzten die Gelegenheit, sich vor Ort über arbeits-, steuer- und sozialrechtliche Fragen rund um das Arbeiten jenseits der Staatsgrenze zu informieren; weitere rund 50 Teilnehmer:innen waren online mit dabei.

Etwa die Hälfte der Anwesenden kam aus Oberösterreich, die andere Hälfte aus dem niederbayerisch-oberbayerischen Grenzraum. Unter ihnen befanden sich Beschäftigte großer Unternehmen beiderseits der Grenze – darunter FACC, Fill, EV Group und Wacker Chemie – ebenso wie Mitarbeiter:innen aus Gesundheitseinrichtungen und kleineren Betrieben, etwa aus dem Tischler- und Hotelgewerbe.

Insgesamt halten sich Ein- und Auspendler:innen in der Region weitgehend die Waage. Während die Pendelbewegung früher vor allem in Richtung Bayern – insbesondere zu Wacker Chemie in Burghausen – ausgerichtet war, hat sich dieses Verhältnis durch die erfolgreiche Entwicklung großer Betriebe im Innviertel (FACC, AMAG, Fill, EV Group) und die attraktive Entlohnung zunehmend ausgeglichen.

Die Region könnte ohne den grenzüberschreitenden Austausch an Arbeitskräften kaum funktionieren. Für viele Beschäftigte ist das Arbeiten im Nachbarland allerdings mit erheblichem organisatorischem Aufwand verbunden, sofern sie ihren Wohnsitz nicht auch über die Grenze verlegen wollen. Das große Interesse am Informationsabend *„Arbeiten drent & herent“* verdeutlicht, dass die geltenden Regelungen in Steuer-, Sozial- und Arbeitsrecht nach wie vor mit vielen Unsicherheiten verbunden sind.

Organisiert wurde die Veranstaltung vom Land Oberösterreich in Kooperation mit dem Regionalmanagement OÖ – Geschäftsstelle Innviertel-Hausruck – im Rahmen des INTERREG Central Europe Projekts *„BorderLabs CE“*. Ziel des Projekts ist es, die Bevölkerung in europäischen Grenzregionen bei Herausforderungen zu unterstützen, die durch Staatsgrenzen entstehen.

Nach der Begrüßung durch FACC-CEO Robert Machtlinger eröffnete Katja Rosner (Land OÖ) den Abend mit einem Einblick in die Bestrebungen des Landes Oberösterreich, rechtliche und administrative Hürden an den Grenzen zu den Nachbarländern abzubauen. Anschließend beleuchtete Helmut Söllinger vom Grenzgänger-Landesverband OÖ in seinem Impulsvortrag die zentralen Fragestellungen und Herausforderungen, mit denen Grenzgänger:innen im Alltag konfrontiert sind.

Im anschließenden Podiumsgespräch diskutierten Vertreter:innen des Finanzamts, der Arbeiterkammer, der Pensionsversicherungsanstalt, des Arbeitsmarktservice, der Deutschen Rentenversicherung sowie der Agentur für Arbeit praxisnahe Lösungsansätze und Unterstützungsangebote für Arbeitnehmer:innen im Grenzraum.

Beim informellen Austausch im Anschluss nutzten die Teilnehmer:innen die Gelegenheit, individuelle Fragen an Expert:innen zu richten und sich mit Vertreter:innen weiterer Organisationen – darunter ÖGK (Österreichische Gesundheitskasse), DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund), ÖGB (Österreichischer Gewerkschaftsbund) und EURES – zu vernetzen.

Die Rückmeldungen der Teilnehmenden zur Veranstaltung fielen durchwegs positiv aus. Im Podiumsgespräch und in den persönlichen Beratungen konnten viele Fragen geklärt werden. Die Auswertung der Gespräche und Feedback-Bögen zeigt mehrere Anliegen und Wünsche für die Zukunft:

- Beratung und Information:
  Trotz zahlreicher beratender Organisationen ist es oft schwierig, die richtige Ansprechperson zu finden und passende Informationen zu erhalten. Gewünscht werden daher mehr individuelle Beratungen, regelmäßige Vernetzungstreffen wie der Grenzgänger:innen-Infoabend sowie eine zentrale Anlaufstelle.

- Verzögerungen bei der Steuerabwicklung:
  Deutsche Lohnsteuerbescheinigungen werden derzeit in Papierform an die österreichischen Finanzämter übermittelt. Dies führt zu rund 5.400 manuellen Erledigungen allein bei den Finanzämtern Braunau, Ried und Schärding. Unterschiedliche Kategorien und Kennzahlen erschweren die Bearbeitung und verursachen lange Wartezeiten. Ein IT-gestütztes System könnte hier Abhilfe schaffen – vermutlich auch auf bayerischer Seite.

- Grenzgängerbescheinigungen:
  Bayerische Arbeitgeber fordern Grenzgängerbescheinigungen für die Zukunft. Das österreichische Finanzamt stellt diese für den aktuellen Status, aber unbefristet aus. Eine bessere Abstimmung zwischen den Behörden beider Länder könnte helfen, Anforderungen und Möglichkeiten besser zu verstehen und abzustimmen.

- Wegerisiko:
  Arbeitnehmer:innen tragen grundsätzlich das Risiko, rechtzeitig zur Arbeit zu erscheinen. Verspätungen durch unvorhersehbare Ereignisse wie Unwetter, Staus oder Streiks führen daher meist zu Lohnausfällen. Dieses Thema war insbesondere während der pandemiebedingten Grenzschließungen relevant und bleibt durch aktuelle Grenzkontrollen weiterhin relevant.

- Beurteilung der Beufsunfähigkeit / Invalidität:
  Jedes Land entscheidet über die Berufsunfähigkeit nach anderen Anspruchskriterien. Was bedeutet, dass unter Umständen in Österreich eine Berufsunfähigkeits- bzw. Invaliditätspension zusteht und in Deutschland wird der Antrag abgelehnt wird.

- Abzug der Krankenversicherungsbeiträge von der Pension:
  Die Krankenversicherungsbeiträge richten sich nach dem Wohnsitz. Bei einem Wohnsitz in Österreich werden dafür 6% von der Pension aus Österreich bzw. der Rente aus Deutschland abgezogen. Wobei es einen Zuschuss vom Deutschen Versicherungsträger über die Hälfte des Beitrages gibt (3%). Verlegt man seinen Wohnsitz nach Deutschland erfolgt der Abzug von Kranken- und Pflegeversicherung von Pension und Rente nach den Deutschen Beitragssätzen (derzeit 13%). Das bedeutet, dass man bei einem Wohnsitz in Deutschland um ca. 10% weniger bekommt als mit einem Wohnsitz in Österreich.

- Krankenversicherung:
  Personen, die in Österreich arbeiten und in Bayern wohnen, verfügen über Versicherungskarten beider Systeme und können Leistungen in beiden Ländern in Anspruch nehmen. Diese Möglichkeit entfällt, sobald der Hauptwohnsitz nach Österreich verlegt wird.

- Versicherungszeiten:
  Die Bestätigung von Versicherungszeiten ist EU-weit geregelt, gestaltet sich jedoch je nach Mitgliedsstaat unterschiedlich komplex. In Österreich werden alle Zeiten zentral beim Dachverband gespeichert und sind daher rasch abrufbar. In Deutschland gibt es an die 200 Krankenkassen. Daher benötigt die Arbeitsagentur unbedingt die Arbeitsbescheinigung des Dienstgebers, was Verzögerungen verursacht. Arbeitnehmenden wird daher empfohlen, eine Bestätigung über ihre Versicherungszeiten frühzeitig bei der zuständigen Stelle im Beschäftigungs-mitgliedstaat zu beantragen. Eine automatische, EU-weite elektronische Übermittlung wäre wünschenswert.

- Leistungen und Ausgleichszahlungen:
  Bei Familienbeihilfe oder Kinderbetreuungsgeld gibt es für Grenzgänger:innen Ausgleichszahlungen, damit sie stets von den höchsten Leistungen profitieren. Bei der Pension ist das nicht der Fall. Aktuell ist ein Wohnsitz in Österreich meist vorteilhafter, da Pensionsleistungen dort höher ausfallen. In Deutschland müsste man – über das gesamte Erwerbsleben gerechnet – rund 50 bis 60 % mehr verdienen, um auf ein vergleichbares Niveau zu kommen.

- Informationsmaterial:
  Vor etwa zwanzig Jahren gab es eine Broschüre für Grenzgänger:innen von EURES Interalp, die vielen Organisationen noch bekannt ist und als sehr hilfreich galt. Sie wird derzeit nicht mehr aufgelegt, wäre jedoch nach wie vor stark nachgefragt.

Auch künftig wird sich das Land Oberösterreich den rechtlichen und administrativen Herausforderungen im Grenzraum widmen. Ziel ist es, Themen aufzugreifen, die die Bevölkerung und Organisationen im Alltag bewegen, und sie dabei zu unterstützen, mit den unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen und Strukturen möglichst unkompliziert umzugehen.